„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina

19. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 1. September 1926 | 12 Seiten | Nummer 43

Arthur Meighen gegen die Fremdgeborenen

Verteidigt den „War Time Election Act" mit Ausreden

Bekennt sich offen zum Hochschutzzoll.

Angriffe auf Dunning und Motherwell.

Regina. — Am Dienstag, den 24. August, fand im Stadium zu Regina eine sehr stark besuchte Massenversammlung statt, in der zunächst der konservative Kandidat für Regina, Herr MacKinnon, eine Ansprache hielt, in der er den liberalen Kandidaten, Hon. Chas. A. Dunning angriff. Zugleich verteidigte er die Seeprovinzen, die er als eine Grundlage Canadas bezeichnete. Lange bevor Herr Dunning in dieses Land gekommen sei, habe man dort am Aufbau des Landes gearbeitet. Der Redner rühmte ferner die Liebe und Loyalität der Söhne und Töchter der Seeprovinzen und prophezeite eine Niederlage des liberalen Kandidaten. Auch die Zollunterfuchung berührte er und suchte die Frage nach der Verantwortung für die aufgedeckten Mißstände zu beantworten. Im Jahre 1924 sei die „Commercial Protective Association", die aus Geschäftsleuten bestand, gegründet worden. Der Schmuggel habe so stark um sich gegriffen, daß die Geschäftsleute zu ihrem Selbstschutz sich organisierten, zumal die Regierung nichts getan habe. Zu Anfang des Jahres 1924 hätten die organisierten Geschäftsleute um eine Konferenz nachgesucht, aber erst im August jenes Jahres habe ihnen die Regierung eine Gelegenheit dazu gegeben. Im Oktober habe dann die Regierung Inspektor Duncan der Organisation als Detektiv zur Verfügung gestellt. Dieser sei in wenigen Tagen den berüchtigsten Seidenschmugglern auf die Spur gekommen, doch die Regierung habe Inspektor Duncan zurückberufen und jede weitere Verfolgung der Angelegenheit unterbunden. Im Jahre 1925 habe die Vereinigung wieder bei der Regierung vorgesprochen. In den ersten Monaten des Jahres und während der Wahlzeit sei nichts geschehen. Schließlich seien die Geschäftsleute zur Opposition gekommen und hätten ihr die Tatsachen unterbreitet. MacKinnon suchte es so hinzustellen, als habe die Regierung gar nicht die Absicht gehabt, die Mißstände ans Tageslicht zu bringen. Wiederum griff der Redner Herrn Dunning an, den er ebenfalls mit der Verantwortung für den Schmuggelskandal zu belasten suchte, indem er ihm vorwarf, er hätte sich überhaupt nicht mit einer solchen Regierung verbinden dürfen, wenn er den Geist des Westens richtig ausgelegt hätte. Zum Schlusse appellierte der Redner an seine Zuhörer, ihn bei der nächsten Wahl zu unterstützen, wofür er seine Stimme zu Gunsten des Westens in Fragen wie der Hudsons Bay-Bahn, der Einwanderung, der Aufwertung der Soldatenländereien, der genossenschaftlichen Unternehmungen einzusetzen versprach.

Nächster Redner war Premier Arthur Meighen selbst, der mit großem Tamtam abgeholt und unter den jämmerlichen Tönen einiger Dudelsackpfeifen in den Saal verbracht wurde, wo ihm seine konservativen Parteianhänger zujubelten, während der größere Teil der Versammlung ihn recht kühl empfing. War es schon während der Rede des Herrn MacKinnon zu zahlreichen Zwischenrufen gekommen, die er oft kaum richtig zu beantworten wußte, so wurde es noch lebhafter, als der Tornführer seine politischen Ideen vortrug. Meighen fühlte das Bedürfnis, sich gegen einige Anklagen von liberaler Seite zu verteidigen, und konnte es sich nicht versagen, Hon. Chas. A. Dunning und Hon. W. R. Motherwell immer wieder anzugreifen, so im Zusammenhang mit folgender Philippika, die an die Adresse der von den Konservativen so sehr gehaßten Fremdgeborenen gerichtet war:

„Es gibt," so erklärte der Redner, „noch andere in gleicher Weise falsche und böswillige Behauptungen. Ich kenne keine böseres als die, die ich letzte Woche erfahren habe. Ein eifriger Feldzug wird unter jenen unserer Bürger betrieben, die aus fremden Ländern gekommen sind, um sie davon zu überzeugen, daß die konservative Partei der Feind sei und nicht das Vertrauen der Ausländer verdiene, weil ihnen das Stimmrecht genommen werden solle. Ich habe niemals gehört, daß irgendein Mensch so etwas gesagt hat. Bei der erwähnten Gelegenheit war ich anwesend und sprach, aber ich mußte weggehen, sobald ich damit fertig war. Ich habe nichts gehört. Soll ich die Rede eines jeden auf einem Picknick diktieren, bei dem ich anwesend bin?

„Die konservative Partei heißt jedermann willkommen und will jedermann alle Bürgerrechte gewähren, solange sie alle Bürgerpflichten auf sich nehmen. Keine geringere Persönlichkeit als Herr Dunning hat in einem Appell an eine Bevölkerungsschicht von Regina mich als den Urheber einer niederträchtigen Wahlentrechtung verurteilt, als den Urheber des „War Time Election Act". Ich war ein Mitglied der Regierung, welche das Gesetz annahm und ich übernahm stets meinen Anteil an der Verantwortung. Zur Zeit des großen Krieges, als die Frage zu entscheiden war, nach welchem Grundsatz unsere Leute ausgehoben werden sollen, ob wir fortfahren und ein System der zwangsweisen Aushebung annehmen oder einen großen Teil unseres Landes davon ausnehmen sollten, haben Leute, die nicht lange zuvor aus dem Lande unserer damaligen Feinde, aus Oesterreich und Deutschland gekommen waren, eine Petition an die Regierung eingereicht, worin es hieß, da sie erst kürzlich aus jenen Ländern gekommen seien und natürlich eine besondere Zuneigung zu jenen Ländern empfänden, möge man sie nicht zur Aushebung und zum Kampfe gegen ihre Brüder auffordern, die sie kurz zuvor verlassen hätten; und sie sagten: Wenn wir vor jener Verpflichtung bewahrt werden, geben wir zu, daß wir auch nicht auf das Recht Anspruch haben, bei einer Wahl über diesen Gegenstand mitzustimmen. Das schien gesunder Menschenverstand zu sein. Natürlich, wenn sie nicht in der Lage waren, alle Verpflichtungen zu übernehmen, sollten sie auch nicht das Recht haben, in unserem Lande zu diktieren, welche Verpflichtungen die Leute von uns haben. So lautete die Petition jener, die sich für den Zweck organisiert hatten, und auf dieser Basis standen Tutzende von liberalen Rednern, aber augenscheinlich haben Herr Motherwell und Herr Dunning ständig ein Vorurteil unter unseren fremdgeborenen Bürgern zu erwecken gesucht, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Ich frage: Ist das Anstand, Patriotismus oder Männlichkeit?" (Siehe auch unseren Editorial-Artikel „An Meighens Adresse" auf Seite 2!)

Der liberalen Partei warf Meighen vor, sie sei vor 30 Jahren gegen den Schutzzoll gewesen und nun seien Zweidrittel derselben dafür, ebenso wie die ganze konservative Partei. Im letzten Jahre sei Herr King durch Westcanada gezogen und habe die Stimmen der Progressiven gesucht, weil ihre beiden Ziele gemeinsam seien. In Ontario habe sich King für die Sicherung der Industrien gegen die Konkurrenz der Ver. Staaten und gegen die europäischen Länder eingesetzt. Im weiteren Verlauf seiner Rede bekannte sich Meighen offen zum Schutzzoll, als der einzig notwendigen Politik für Canada. „Und wir brauchen in der Finanzpolitik unseres Landes," so fügte er hinzu, „den Grundsatz des Schutzzolles, der endgültig und allgemein angewandt werden muß." Ferner trat er für einen Tarif auf Farmprodukte aus den Ver. Staaten ein, ebenso hoch wie der amerikanische.

Zum Schlusse suchte der Redner es so hinzustellen, als habe die Haltung des Generalgouverneurs beim canadischen Regierungswechsel die Verfassung gar nicht berührt.

Vom Wahlkampf in Saskatchewan

Hon. C. A. Dunning gegen die konservative Politik.

Seine Antwort auf Meighen-Rede im Stadium zu Regina.

Regina. — Im Scott Collegiate zu Regina nahm Hon. C. A. Dunning, der Eisenbahnminister der letzten King-Regierung und liberale Kandidat für den Wahlkreis Regina, in einer lebhaften Versammlung gegen die Meighen-Rede im Stadium zu Regina, worüber wir auf dieser Seite ebenfalls berichten, Stellung. Zahlreiche Unterbrechungen gaben Herrn Dunning Veranlassung zu der Aeußerung, daß die Zwischenrufe dem organisierten Versuche entsprängen, die Versammlung auseinanderzutreiben.

In seinen einleitenden Bemerkungen verwies der Redner auf die konservative Behauptung während des letzten Wahlkampfes, wenn nicht eine konservative Regierung ans Ruder komme, so bedeute das für Canada den völligen Ruin. Nun sei es interessant, auf die Zeit seit Oktober 1925 zurückzublicken. Als das Parlament sich versammelte, würde beschlossen, keine konservative Regierung zuzulassen. So ging es acht Monate und das Land ist noch nicht ruiniert. Im letzten Finanzjahr hat dieses „ruinierte" Volk an die übrige Welt Waren im Werte von $403,000,000 mehr verkauft als es gekauft hat. Im letzten Jahre, als Herr Meighen im Amte war, hat das Land Fertigfabrikate allein im Werte von $264,000,000 mehr eingeführt als ausgeführt. Im letzten Jahre wurden für $15,000,000 mehr verkauft als gekauft. Nach einem offiziellen Bericht der Bankiers-Vereinigung hatte vor zwei Wochen das canadische Volk $72,000,000 mehr in den Banken als am gleichen Tage vor einem Jahre.

Zu Beginn der gegenwärtigen Wahlkampagne habe der konservative strategische Ausschuß eingesehen, daß mit dem Gerede vom Ruin des canadischen Volkes kein Eindruck auf die Wähler zu machen sei. Statt dessen habe man zu einem Feldzug der Verleumdung gegriffen. Die King-Regierung habe mit der Schutzvereinigung der Geschäftsleute bei Bekämpfung des Schmuggels zusammengewirkt. Während der Meighen-Regierung habe ein Zollbeamter namens Clemondeau sich an einem Alkoholschmuggel beteiligt. Obwohl er der Tat überführt worden sei, sei Berufung dagegen eingelegt worden, und schließlich habe die Regierung die Begnadigung für ihn erwirkt, weil er angeblich drei Führleute, die in seinem Dienste standen, der Mittäterschaft bezichtigt habe.

Hinsichtlich der nationalen Eisenbahnen habe die Regierung eine gesunde Politik verfolgt. Unter der Meighen-Regierung sei noch ein Betriebsdefizit von $34,000,000 vorhanden gewesen. Nach vierjähriger liberaler Verwaltung sei der Fehlbetrag in einen Ueberschuß von $32,000,000 im Jahre 1925 umgewandelt worden.

Was die Frachtratenpolitik der Konservativen anlange, so habe Meighen die Wiederherstellung der Crows Nest Paß-Raten, die dem Farmer und dem Geschäftsmann des Westens zu Gute komme, auf Schritt und Tritt bekämpft. Heute stelle sich Meighen hin und erkläre, er wolle die Frachtraten nicht erhöhen, aber er wolle das Hindernis beseitigen, das eine Erhöhung der Frachtraten verhindere. Man solle dem Westen nicht dieses Vorrecht nehmen, sondern es eher auf die anderen Provinzen, die sich benachteiligt fühlen, ausdehnen. Die Crows Nest Paß-Raten bedeuten eine Frachtermäßigung von 5 bis 6 Cents für jeden Buschel Weizen.

Herr Dunning kennzeichnete ferner mit dem Herrn Meighen als einen Diktator, den aber das canadische Volk gewiß nicht an der Spitze der Regierung dulden werde. Dunning bemerkte weiterhin, er verstehe nicht, wie Leute auf den Gedanken kommen könnten, daß man andere verdrügeln und in die Ecke stellen müsse, um sie loyal zu machen. Loyalität sei aus Liebe und nicht aus Furcht geboren. Er ziehe es vor, mit dem König das britische Reich als eine Gemeinschaft freier Nationen zu betrachten, als R. B. Bennett von Calgary zu folgen, der die Auffassung vertrete, daß die verschiedenen Teile der Diktatur einer Zentralregierung unterworfen sein sollten.

Bischof von London zur Rechenschaft gezogen

„Westminster Gazette" kritisiert ihn wegen seiner Aeußerungen in Toronto.

Anglikanischer Würdenträger will sich rechtfertigen.

In der letzten Nummer des „Courier" haben wir über die ausländerfeindlichen Aeußerungen des anglikanischen Bischofs Winnington-Ingram von London gelegentlich einer Rede in Toronto ausführlich berichtet und unsere Mißbilligung gegenüber einer solchen Art von gefährlicher Propaganda deutlich genug zum Ausdruck gebracht.

Die „Westminster Gazette", eine bekannte und führende englische Zeitung in London, England, zieht nun den Bischof wegen seiner Aeußerung zur Rechenschaft: „Können wir die nämliche Loyalität gegenüber den britischen Idealen von jenen Galiziern, Polen und Gott weiß welchen erwarten, die den Westen bevölkern und kein Wort Englisch verstehen?"

Die „Gazette" nennt das „eine fast wahnsinnige Frage" und verleiht der Hoffnung Ausdruck, daß der Bischof auf seiner weiteren Reise um die Welt nicht immer zu solchen Aeußerungen sich hinreißen läßt. Die Londoner Zeitung fährt dann fort: „Der Bischof sollte sich nicht als einen Missionar des britischen Reiches betrachten und bedenken, daß es nicht in der Absicht der göttlichen Vorsehung gelegen ist, daß die Menschheit die englische Sprache sprechen soll, um Torykleriern zu gefallen. Selbst Nichtchristen haben den vielsprachigen Charakter des britischen Reiches gerühmt und haben es als eine zivilisatorische Mission betrachtet, englische Ideale der Duldsamkeit und Freiheit Millionen von Menschen jedes Klimas und jeder Sprache zu vermitteln. In Canada gibt es mindestens 2,500,000 französische Bürger und diese gehören zu den loyalsten gegenüber dem britischen Reiche. Die Worte des Bischofs von London können im ganzen Reiche falsch gedeutet werden, und wir hoffen, daß er sofortige Schritte unternimmt, um zu erklären, daß dieser Fall in den Imperialismus ein bedauerliches Versehen war, das der seltsamen Erregung infolge einer Weltreise zuzuschreiben ist."

Soweit die „Westminster Gazette."

* * *

Die Proteste, welche gegen die Aeußerung des Bischofs der anglikanischen Kirche laut geworden sind, haben anscheinend sogar auf ihn einigen Eindruck gemacht. Es war zwar eine sehr schwache Entschuldigung, die er vorbrachte, aber daß er doch das Bedürfnis fühlte, zu antworten und sich zu rechtfertigen, ist ein Beweis dafür, daß Bischof Winnington-Ingram immerhin noch ein menschliches Rühren zu empfinden vermag. Er habe, so erklärte der anglikanische Bischof, nur sagen wollen, wenn Canada britisch bleiben wolle, so müsse die Mehrheit der Einwanderer, die in die Dominion kämen, englische Leute sein. Er habe nichts gegen die „Foreigners", aber er hoffe, daß die Mehrheit der Einwanderer auch weiterhin Briten sein würden.

* * *

Darin können wir auch nicht mit ihm übereinstimmen. Canada soll vielmehr nur solche Einwanderer erhalten, die seinem wirtschaftlichen Aufbau wirklich gute Dienste leisten können, nicht aber solche von britischer Abstammung, die ins Land kommen, um möglichst bald einen fetten Regierungsposten zu ergattern, während andere, die jahrzehntelang hier angesiedelt sind, und ihre Jugend- und Mannskraft für Canada geopfert haben, für sich und ihre im Lande geborenen Kinder noch nicht einmal eine bescheidene Stellung erhalten können. Canada und insbesondere der canadische Westen kann ohne die Einwanderer aus Mitteleuropa nicht zu jener wirtschaftlichen Blüte gelangen, die gewiß auch der anglikanische Bischof im Interesse seines geliebten britischen Reiches wünscht.

Vom Kongreß der nationalen Minderheiten

Energischer Vorstoß der Katalonier gegen Spanien

Wilson und die Ver. Staaten angegriffen.

Genf, 27. August. — Die katalonische Delegation zu dem hier eröffneten Kongreß europäischer Völkerminoritäten hat Spanien der Unterdrückung ihrer bürgerlichen Rechte beschuldigt. Nachdrücklich wurde erklärt, solange dem Volke von Katalonien Gerechtigkeit, Menschenrechte und ein Mindestmaß von Freiheit verweigert sei, werde das Land eine Quelle von Unruhe und Gefahr für den internationalen Frieden sein.

Dr. Maspons Anglassell, Wortführer der katalonischen Gruppe, hat in einer Ansprache vor dem Kongreß, der sich den Schutz der Rechte von Minderheiten in Europa zur Aufgabe gestellt hat, hervorgehoben, daß gefahrvolle Nationalitäts-Probleme derzeit zu Dutzenden in Europa vorhanden sind. Zu Beginn des Weltkrieges habe es nur wenige Minoritätsprobleme gegeben, und diese hätten den Krieg zum Teil herbeigeführt.

Wie der Redner weiter ausführte, sei das katalonische Volk trotz der schlechten Behandlung, die es erduldet habe, entschlossen, zu keinen Gewaltmitteln zwecks Abtellung der Uebelstände zu greifen und auf solche Weise die europäische Landkarte zu ändern, sondern dem Genfer Kongreß beizutreten, um eine friedliche Lösung durch juristische Formeln zu erstreben. Katalonien werde stets seine Sprache, seine Literatur und Individualität aufrecht erhalten. Das Land habe schon ein eigenes Parlament gehabt, bevor England seine Magna Charta erhielt. Er schloß mit den Worten: „Ungerechtigkeit kann unsere Forderungen nicht erstücken. Sie wird nur Katastrophe und Krieg zeitigen".

Der Minoritäten-Kongreß hat weitere Bedeutung durch die Tatsache erhalten, daß nicht weniger als 31 Abgeordnete europäischer Parlamente und etliche Senatoren anwesend sind, unter diesen zwei deutsche Deputierte, Sternbach und Tienzl von Italienisch-Tirol, vier deutsche Deputierte von Polen und deutsche Parlamentarier von Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei.

Kongreßpräsident Wilfan, ein slowenisches Mitglied des italienischen Parlaments, sprach von der Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit von Minoritäten-Gruppen, um ihre bürgerliche wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung zu sichern. Er betonte die Notwendigkeit eines gemeinsamen Ringens zwecks Wahrung ihrer Volksschulen und ihrer Religion, um ihre nationale Eigenart für immer zu erhalten. Indessen müßten diese Bestrebungen durch friedliche Mittel erzielt werden.

Der ungarische Deputierte Gezo Szullo von der Tschechoslowakei erklärte, das Volk der Ver. Staaten sei ein Hoffnungsstern wegen seiner moralischen Unterstützung der Sache der Völkerminderheiten.

„Unser Unglück," sagte er, „ist der Tatsache zuzuschreiben, daß weder Präsident Wilson noch die Ver. Staaten-Regierung bei Aufstellung des Friedensvertrages und der Neugestaltung von Mitteleuropa die wirkliche Beschaffenheit ihrer Aufgabe begriffen haben."

Die Entrechtung der Italiener

Abschaffung der städtischen Wahlen.

Diktatur Mussolinis erstickt die öffentliche Meinung.

Rom, 27. Aug. — Nach halbamtlicher Mitteilung wird in der am Dienstag stattfindenden Sitzung des Ministerrates eine Verordnung zur Annahme gelangen, die die Abschaffung aller städtischen Wahlen verfügen wird. Diese Maßnahme wird ein weiterer Schritt in der Richtung zu dem vor längerer Zeit von Mussolini angekündigten Ziel sein, alle Wählen in Italien zeitweilig abzuschaffen, „um gewisse lokale Elemente, die sich dem Diktat der Zentralautorität nicht fügen wollen, zu verhindern, die faschistischen Pläne zu durchkreuzen."

Der erste Schritt wurde zu Beginn dieses Jahres unternommen, als die Regierung verfügte, daß das Ministerium des Innern in 8000 Ortschaften mit weniger als 5000 Einwohnern die Ortsvorstände (Podestas) selbst ernennen werde. Dieses Podesta-System wurde später auf Kurorte und alle Städte in Erdbebenzonen ausgedehnt. An die Spitze der Stadtverwaltung von Rom wurde ein Gouverneur, von Neapel ein Oberkommissar und von Mailand ein Sonderkommissar gestellt.

Gesetzlich können jetzt nur noch die Bürger eines Gemeinwesens ihr Wahlrecht ausüben, wenn eine Provinzwahl stattfindet, in der Räte für den Provinzrat erwählt werden. Jeder Bürger hat wohl auch das Recht, Abgeordnete für das Parlament zu erwählen, aber dieses Recht ist, seitdem die Faschisten an der Macht sind, suspendiert. Die nächste Kammerwahl soll nach dem Gesetz im Jahre 1929 stattfinden, doch heißt es, daß das Parlament in dieser Hinsicht wahrscheinlich eine Aenderung verfügen wird. Die Faschisten streben an, daß die Abgeordneten nicht von den einzelnen Bürgern, sondern von der faschistischen Organisation erwählt werden sollen. Die Mitglieder des Senates werden nach einer vor mehreren Monaten erlassenen Verordnung nur noch ernannt.

Der Schacher um die Ratssitze im Völkerbund

Deutschlands Eintritt noch nicht gesichert.

Spanische und polnische Winkelzüge.

Berlin, 27. August. — Halbamtlich wird erklärt, die deutschen Delegaten zur Völkerbundversammlung hätten beschlossen, erst dann nach Genf zu gehen, wenn der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gesichert ist.

Von Paris wird gemeldet, daß die belgische Regierung, die in der letzten Völkerbundversammlung sich bereit erklärt hatte, ihren Sitz im Ligarat an Polen abzutreten, ihre Haltung jetzt geändert habe. Dies geht aus der letzten schriftlichen Erklärung Belgiens hervor, die in dem Notenaustausch, der zwischen den europäischen Staatskanzleien seit längerer Zeit vor sich ging, abgegeben wurde.

Belgien will nunmehr seine Wiederwahl als nichtständiges Mitglied unter den Bedingungen des Planes verlangen, der als ein Kompromiß von der zum Studium des Reorganisationsproblems des Ligarates eingesetzten Kommission ausgearbeitet wurde.

Juristen der verschiedenen Staatsämter haben sich in der letzten Zeit in aller Stille bemüht, die endgültige Lösung des Problems in die Wege zu leiten. Fromageot, Rechtskonsulent des französischen Außenamtes, war einige Tage in Berlin, um die Angelegenheit mit den deutschen Beamten zu besprechen.

Es heißt in der Pariser Meldung, daß sich die Mächte noch immer nicht auf einen endgültigen Kompromißvorschlag geeinigt haben und daß vermutlich der Stand der die Gemüter aller Völkerbunddelegierten beunruhigenden Frage der Zusammensetzung des Ligarates beim Zusammentritt der Septemberversammlung der gleiche sein wird wie bei der Vertagung der letzten Ligaversammlung, mit dem einzigen Unterschied, daß Polen sich jetzt mit einem zeitweiligen Sitz zufrieden geben will, vorausgesetzt, daß es die Versicherung erhält, diesen Sitz durch stete Wiederwahl dauernd zu behalten.

In deutschen amtlichen Kreisen ist man auch darüber beunruhigt, daß seit der letzten Ligaversammlung der für den Völkerbund peinliche Austritt Brasiliens aus Genf in seinen für die Liga unliebsamen Folgen gemildert werden konnte und daß es nicht gelang, die spanische Regierung zufriedenzustellen, die die Frage der Vermehrung der ständigen Sitze, diesen größten Stein des Anstoßes, wieder aufzuwerfen droht.

Nach den kürzlich vom diplomatischen Mitarbeiter des Londoner „Daily Telegraph" veröffentlichten Wünschen Polens scheint die Warschauer Regierung keine Politik des Biegens oder Brechens verfolgen zu wollen, gibt sich vielmehr der Erwartung hin, daß man ihre früheren überspannten Wünsche jetzt durch ein biegsames Kompromiß zufriedenstellen werde. Polen ist bemüht, eine nochmalige Ueberprüfung und Aenderung einzelner Beschlüsse des Prüfungsausschusses über die nichtständigen Sitze durchzusetzen. Die Wünsche Polens zielen, neben der Zusicherung einer ständigen Wiedererwählung als selbständiges Mitglied, auf eine Aufhebung der Zweidrittelmehrheit bei der Verleihung des Rechtes der Wiederwahl an diejenigen Mitglieder des Rates, die nach dem Cecilschen Plan nach dem Ablauf bestimmter Fristen wiedergewählt werden dürfen.

In der Befürchtung, diese Zweidrittelmehrheit das eine oder das andere Mal nicht zu erhalten, wünscht Polen die Einführung einer einfachen Mehrheit. Die Beschlüsse des Prüfungsausschusses sehen die erste Verleihung der Wiederwählbarkeit selbständiger Mitglieder erst für das nächste Jahr voraus, Polen fordert aber, noch im Laufe dieses Jahres, d. h. bei seiner Aufnahme in den Rat, als wiederwählbares Mitglied bezeichnet zu werden.

(Fortsetzung auf Seite 5)

Nur noch 14 Tage bis zum Wahltag.

Ein außergewöhnlich heißer Wahlkampf ist im Gange. Die beiden großen Parteien, die Liberalen und die Konservativen, ringen um den Wahlsieg und damit um die Führung im Lande.

„Der Courier" hat durch verschiedene redaktionelle Artikel zu ernsten Fragen, die uns Deutschen in Canada besonders nahe gehen, allerorts Aufsehen erregt und damit wiederum bewiesen, daß er der treue Hüter und Vorkämpfer des Deutschtums in diesem Lande ist.

Darum sollte „Der Courier" auch in keinem deutschen Hause in Canada fehlen.

Darum sollte jeder Leser und Freund unseres Blattes dafür sorgen, daß „Der Courier" überall da eingeführt wird, wo er bis jetzt noch nicht abonniert worden ist. Namentlich die deutschsprechenden Einwanderer sollen unser Blatt kennen und lieben lernen.

Werbt neue Abonnenten!

Der neue Leser braucht nur $2.00 für das erste Jahr zu bezahlen. Wer ihn dem „Courier" zuführt und die $2.00 sofort mit der Bestellung einschickt, kann auf Wunsch den nächstjährigen Courierkalender, den Deutsch-Canadischen Hausfreund für 1927, unentgeltlich als Belohnung für seine Bemühungen erhalten.